

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

301 (27.12.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 550 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 550 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruhern Abgaben abgeholt 510 M. monatlich. Einzelnummern 20 M.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Einzeigen: Die einpaltige Kolonelleise 40.-M., auswärts 50.-M. Die Mehrzeile 150.-M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif.— Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die große Einheitsfront der deutschen Hand- und Kopfarbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiete

Die Verhandlungen über einen Zusammenschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Anstaltensbundes mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund werden sich mit ihren Beamtenschaftsmitgliedern dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund anschließen.

Nach den getroffenen Vereinbarungen erkennt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an, daß die dem ADGB und dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände auch nach ihrem Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für die Organisation und Interessenvertretung derjenigen Beamten auch weiter zuständig ist, die in den Betrieben, Verwaltungen, Behörden oder sonstigen öffentlichen Diensten ihres Organisationsbereiches tätig sind. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist bereit, den Zusammenschluß der noch vorhandenen Konkurrenzorganisationen auf der Grundlage der von ADGB und Afa-Bund anerkannten Organisationsformen zu fördern. Solange dieser Zusammenschluß nicht erfolgt ist, gelten die Konkurrenzorganisationen innerhalb des ADGB in bezug auf die Werbung von Mitgliedern unter den Beamten und die Wahrnehmung der Beamtensinteressen als gleichberechtigt. Ueber alle in Betracht kommenden Maßnahmen auf den gemeinsamen Tätigkeitsgebieten sollen sich diese Gewerkschaften vorher verständigen. Der ADGB verpflichtet sich, solche Maßnahmen zu fördern, u. a. auch auf eine gleichmäßige Beitragshöhe in den Konkurrenzorganisationen hinzuwirken, um so den Zusammenschluß vorzubereiten. Weiter hat der ADGB die

Verpflichtung übernommen, Neubildungen von Gewerkschaften oder die Schaffung von Fachgruppen in angeschlossenen Verbänden weder vorzunehmen, noch zu beschließen, wenn eine der dem ADGB angeschlossenen Organisationen für dieses Organisationsgebiet zuständig ist. Der Zusammenschluß wird vorläufiglich schon am 1. Januar einträglich werden. Die Beamtensprengel des ADGB und des Afa-Bundes werden zusammen mit dem ADGB gebildet. Der Zusammenschluß der geplanten Konkurrenzorganisationen zwischen diesen drei Säulen der gewerkschaftlichen Bewegung steht unmittelbar bevor.

Der große Plan des unvergesslichen Karl Legien ist zur Wirklichkeit geworden! Die große Masse der deutschen Kopf- und Handarbeiter steht in geschlossener Front ihren Gegnern gegenüber. Der Zusammenschluß der Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden mit den freien Arbeitern und Angestellten ist uns Gewißheit dafür, daß nunmehr auch in die Beamtenschaft der so lange vernachlässigte neue republikanische Geist einzieht, der unbedingt notwendig ist, um den Bestand der Republik zu sichern. Die Gegensätze, die früher zwischen Arbeiterschaft und Beamtentum bestanden, werden schwinden. In gemeinsamer Arbeit werden sich diese beiden großen Gruppen kennen und verstehen lernen. Sie werden einsehen, daß der eine Teil ohne den anderen nicht ist, daß sie aber beide zusammen menschlichen eine ungeheure Macht sind, an der alle Widerstände der wirtschaftlichen und politischen Reaktion scheitern müssen.

Die monarchistischen deutschen „Helden“ des Weltkrieges

Schmutz kommt vor dem Fall! Das Sprüchwort hat sich am deutschen Militarismus und am deutschen Monarchismus in der gründlichsten Weise bestätigt. Der Schmutz der Hohenzollern und besonders des Oberhauptes dieser in sichtbar fortschreitender Degeneration befindlichen Familie von „Gottes Gnaden“ konnte unmöglich übersehen werden, ebensowenig eine bestimmte Lieberlichkeit und grenzenlose Oberflächlichkeit in der Lebensführung und Lebensauffassung. Und diese Eigenschaften und Sitten des regierenden Hauses übertrugen sich epideemisch auf die weitesten deutschen Kreise, soweit sie durch den Hof beeinflußt worden sind. In dem Heere ein Schmutz, eine geschwollene Ueberheblichkeit, eine geradezu kindische Freude an Hinterlistigen und Parabelungründchen, eine feilsche Mißhandlung der Menschen, ein Verzerrten jedes gesunden nationalen Denkens und Empfindens, eine Intriguen- und Angeberwirtschaft, die die gewaltige Lebens- und Naturkraft des deutschen Volkes schließlich untergraben, das Land und das Volk ins Unglück stürzen mußte. „Wenn nur der Kopf anders wäre! Die Nation ist glänzend!“ So schreibt der Großadmiral v. Tirpitz am 18. November 1914. Aber derselbe Mann hat unendlich viel dazu beigetragen, den Narren von „Gottes Gnaden“ in seinem krankhaften Wahn zu bestärken. Und Tirpitz war auch einer der schärfsten und größten Intriganten am Hofe Wilhelms II.

Je mehr Kriegsbücher und Kriegserinnerungen auf deutscher Seite erscheinen, desto krasser wird das durch und durch verfaulte und korrupte System der ehemaligen deutschen militärischen und monarchistischen Wirtschaft enthüllt. In seinem Buche zeigt sich Wilhelm als ein oberflächlicher Charlatan, lügnerrisch und feige, verblendet und unfähig. Das Buch seines ältesten Sproßlings ist von einem berechtigten Kriegskorrespondenten zusammengehauen, und Ludendorff beweist in seinen Kriegserinnerungen in der Hauptsache, daß er verlagene Anklagen erheben kann, aber bis zur Stunde noch nicht begriffen hat, wie armelig und verblendet die militärische Führung Deutschlands im Weltkriege gewesen ist. Und aus allen diesen Kriegsbüchern erzählt man immer erschreckender und deutlicher, daß der eine „führende“ Militär gegen die anderen intrigiert hat, ferner die Militärs gegen die politische Leitung und das alles um den jämmerlichen Menschen herum, der sich „Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen“ nannte.

Eben ist ein neues Kriegsbuch erschienen, herausgegeben von der Witwe des ersten Generalstabschefs des Weltkrieges, des Generalobersten v. Moltke. Dieser Mann soll durch seine Schwäche das Unglück an der Marne im Herbst 1914 verschuldet haben. Seine Frau versucht nun, den toten Gatten von diesem Vorwurf zu reinigen. Sie veröffentlicht Tausenden von Briefen, die wiederum einen tiefen Blick auf die geistige und sittliche Fäulnis des Wilhelmischen Hohenzollernstums werfen lassen. (Eliza v. Moltke, „Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877—1916“).

Der im Juli 1916 verstorbene Generaloberst von Moltke war der Nachfolger des Grafen von Schlieffen im Amte des Generalstabschefs der deutschen Armee. Der kleine Neffe seines großen Onkels, des Feldherrn von 1866 und 1870/71, hat mit dem Amte zugleich auch den von seinem Vorgänger entworfenen Feldzugsplan für den Zweifrontenkrieg übernommen. Es wird nun ziemlich allgemein behauptet, daß Moltke diesen Plan verwarf und abgelehnt, dadurch den Rückschlag an der Marne verursacht und durch seine verfehlte Anlage des Aufmarsches für Deutschland den Krieg verloren habe. Kein Zweifel besteht nach den von der Witwe Moltke vorgelegten Briefen und Dokumenten mehr darüber, daß der deutsche Feldherr von 1914 schwer an seinem Amte und der damit gegebenen Verantwortung getragen hat. Diese Verantwortung ist ihm durch Wilhelm II. auch nicht gerade erleichtert worden.

Aus den Tagen, als 1914 das Verhängnis hereinbrach, schildert v. Moltke die Vorgänge im Berliner Schloß u. a. wie folgt:

„Ich war auf dem Rückwege vom Schloß nach dem Generalstab, als ich den Befehl erhielt, sofort ins Schloß zurückzukehren, es sei eine wichtige Nachricht eingetroffen. Der Reichskanzler (Bethmann Hollweg) war augenscheinlich über den Inhalt einer Note von dem deutschen Botschafter in London, Rittich Rindow, eingetroffenen Depesche freudig erregt. Ebenso Se. Majestät der Kaiser. — Die Depesche teilte mit, daß der Staatssekretär Grey dem Botschafter mitgeteilt habe, England wolle die Verpflichtung übernehmen, daß Frankreich nicht in den Krieg gegen uns eintreten werde, wenn Deutschland sich feierlich verpflichte, keine feindselige Handlung gegen Frankreich zu unternehmen. Ich muß dabei bemerken, daß auch in Frankreich bereits am selben Tage wie bei uns die Mobilisierung befohlen und uns dies bekannt war.“

Der Kaiser sagte mir: „Also wir marschieren einfach mit der ganzen Armee im Osten auf!“ — Ich erwiderte Se. Majestät, daß das unmöglich sei. Der Aufmarsch eines Millionenheeres lasse sich nicht improvisieren, er sei das Ergebnis einer vollen, mühsamen Jahresarbeit und könne einmal festgelegt, nicht geändert werden. Der Kaiser bestand auf seiner Forderung und wurde sehr ungehalten, er sagte mir unter anderem: „Ich würde mir eine andere Antwort gegeben haben“, was mir sehr wehe tat. — Ich habe nie den Anspruch erhoben, dem Feldmarschall gleichwertig zu sein.“

Moltke schildert den weiteren Verlauf dieser Unterhaltung und kommt schließlich auf einen direkten Eingriff Wilhelms in die Befugnisse des Generalstabschefs zu sprechen. Er schreibt:

Saten, Herr Cuno, nicht nur fromme Wünsche und Redensarten

Herr Cuno, gegenwärtig Kanzler des deutschen Reiches, hat aus Anlaß des Weihnachtstages durch das Wolffsche Telegrammbüreau in Deutschland einen Artikel verbreiten lassen, in dem er vom Frieden spricht und von schweren Opfern an Gut und Geld, die die Regierung auf sich zu nehmen entschlossen ist, um der Freiheit deutschen Volkes und der friedlichen Arbeit mit anderen Völkern willen. Frieden? Die ungeheure Brotpreissteigerung, die unserem Volke für Mitte Januar in Aussicht gestellt ist und die den Interessen der Landwirtschaft weit mehr entgegenkommt als denen der Arbeitnehmer ist nicht angetan, den inneren Frieden zu fördern. Und den Frieden nach außen, und erst die Opfer? Den Frieden nach außen wird Deutschland nur sichern helfen, wenn es fortfährt, mit der Politik der Erfüllung, wenn es nach wie vor sein Möglichstes tut, um die finanziellen Bedürfnisse seiner Gläubiger zu befriedigen, wenn weiterhin ernsthafte Opfer gebracht werden. Bisher wurden die schweren Opfer von der arbeitenden Bevölkerung gebracht, während die Wirtschaft Deutschlands sich befehligte, ihre Finanzkräfte in den Dienst der Opposition gegen die Erfüllungspolitik zu stellen. Soll das so weitergehen? Hört die volksparteiliche „Zeit“, das Organ des Herrn Stresemann und des Reichswirtschaftsministers Dr. Becker, in ihrer letzten Ausgabe vor den Weihnachtstagen von einem vorläufigen Abschluß der Reparationsbesprechungen und einer „Einigung zwischen Regierung und Wirtschaft“ gesprochen, jedoch die Ansicht erweckt werden könnte, als ob die Industrie jetzt bereit ist, Opfer zu bringen. Wir betonen: das ist nicht der Fall. Einig sind sich Regierung und Industrie lediglich darüber, daß versucht werden soll, eine endgültige Lösung zustande zu bringen. Große Differenzen bestehen dagegen immer noch über die Frage der Garantien, die doch den wichtigsten Punkt in dem für Paris bestimmten deutschen Vorschlag bilden müssen. Es besteht also Aussicht, daß die Opfer, von denen Herr Cuno sprach, trotz der Regierung der Wirtschaft weiterhin nur auf Kosten der werktätigen Bevölkerung gebracht werden.

Immerhin muß versucht werden, einen Plan auszuarbeiten, der nicht auf sofortige Abrechnung stößt. Wir müssen endlich zu dem Angebot einer festen Summe kommen, die man schließlich auch im Ausland erwartet. Dieses Angebot ergibt sich unseres Erachtens aus dem Londoner Zahlungsplan vom Mai 1921. Damals wurde die uns zubilligte Gesamtschuld von 132 Milliarden in drei Abschnitte geteilt, wobei auf die Verzinsung der letzten Serie verzichtet wurde. In Serie A wurden von uns 12 Milliarden Goldmark und in Serie B 38 Milliarden Goldmark verlangt. Daraus ist zu entnehmen, daß selbst die Alliierten schon zur Zeit der Londoner Konferenz die deutsche Leistungsfähigkeit nicht auf 132 Milliarden, sondern auf 50 Milliarden geschätzt hatten. Warum macht man kein Angebot, in dem die Zahlung von 50 Milliarden in gewissen Zeitabständen zugesichert wird? Natürlich muß dieses Angebot die notwendigen Garantien enthalten, denn nur so wird es möglich sein, der Pfänderpolitik Poincarés zu entweichen.

Für diese Garantien Sorge zu tragen und damit die Einheit des deutschen Reiches in Zukunft sichern zu helfen, ist Aufgabe der gegenwärtigen Regierung der Wirtschaft.

Um das Reparationsproblem

Gerüchte über Poincarés angebliche Haltung

Paris, 24. Dez. Auf Grund von Pfeifungen, die der „Reuvert Herald“ in offiziellen Kreisen in Paris vorgekommen hat, will das Blatt wissen, daß Poincaré sich am 2. Januar in erster Linie bemühen werde, die schriftliche Zustimmung Englands zur Streichung der französischen Schuld mit Hilfe von deutschen Obligationen der Serie C zu erlangen. Bis zur Erlangung dieses Punktes würden die Franzosen versuchen, die Art der gegen Deutschland anzuwendenden Zwangsmaßnahmen unbestimmt zu lassen. Dieses Verfahren würde die Möglichkeit für eine beträchtliche Abänderung der ursprünglichen Pläne Poincarés bieten, wenn, wie die Franzosen annehmen scheinen, irgendwelche amerikanische Einflüsse in London von Lord Rieu-Lafayette für die Streichung der Schulden in irgendeiner Form einzutreten. Der Umstand, daß Poincaré sich am Donnerstag im Senat nicht über die Art der Pfänder auszusprechen habe, beweise nach der in Paris herrschenden Auffassung, daß die Franzosen nicht auf extremen Maßnahmen zu bestehen wünschten, solange sie nicht sicher seien, daß England volle Bezahlung der Kriegsschulden verlangen. Andererseits erkenne man die Schwierigkeiten Englands hinsichtlich eines Verzichtes an, solange nicht die amerikanische Regierung in der Lage sei, auch von England Obligationen der Serie C in Zahlung zu nehmen.

Veratungen in Berlin

Berlin, 27. Dez. Reichskanzler Cuno ist gestern abend von Hamburg in Berlin wieder eingetroffen. Sein Staatssekretär Goman ist gestern aus Venedig wieder zurückgekehrt, so daß das Kabinett heute wieder vollständig besetzt ist. Die Besprechungen über die neuen Reparationsvorschlüsse sollen jetzt mit größtem Nachdruck gefördert werden. Die Besprechungen mit den Sachverständigen über die Formulierung sind auch während der Sitzung von dem Reichsminister Dr. Hermes und Dr. Becker fortgesetzt worden.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ weist von neuem darauf hin, daß die Industrie bereit sei, an allen Problemen zur Befriedigung der deutschen Wirtschaft mitzuwirken und die Regierung in jeder Weise zu unterstützen, hält aber Maßnahmen für zwecklos, wenn nicht gleichzeitig damit eine Intensivierung der Arbeitsleistung zur Vermehrung der Produktion verbunden wird. Gernot hält die Industrie daran fest, daß eine endgültige Lösung des Reparationsproblems eintreten müsse.

Amerika und das europäische Geld

Paris, 26. Dez. Nach dem „Reuvert Herald“ will Senator Borah bei seinem Antrag auf Einberufung einer Weltkonferenz auf die Währungsfrage als Präzedenzfall hingewiesen haben. Die Männer, die die beunruhigenden Folgen hätten, beschäftigen einmütig, daß der augenblickliche Zustand Europas die Gefahr eines neuen Krieges hervorgerufen habe. Die militärischen Schwerehandlungen seien wegen der früheren Lage, die Rückschlüsse zu vermehren. Jetzt handele es sich darum, den Mächten zu Hilfe zu kommen, die in Gefahr seien und zu prüfen, wie man ihnen Hilfe bringen könne. Borah erklärte mündlich: Wir müssen in der Reparationsfrage interponieren, weil wir ein Interesse daran haben, bezahlt zu werden und weil wir uns die Märkte Europas erhalten müssen, um unsere landwirtschaftlichen Produkte abzusetzen.

Paris, 26. Dez. Nach einer Agenturmeldung aus Washington soll der Gedanke der Einberufung einer Weltkonferenz der Weltmächte vom Präsidenten Harding gebilligt worden sein, jedoch die Regierung den Zusatzantrag des Senators Borah zur Beratung im Senat zulassen wird.

„Ich muß hier einschalten, daß in unserem Mobilisationsplan die Besetzung Luxemburgs durch die 16. Division schon am 1. Mobilisationsstage vorgesehen war. — Wir mußten unbedingt die luxemburgischen Bahnen gegen einen französischen Handstreich sichern, da wir sie zu unserem Rückzugsort gebraucht hätten. Um so schwerer traf es mich, als der Reichsminister nun erklärte, die Besetzung Luxemburgs dürfe unter keinen Umständen stattfinden, sie sei eine direkte Verletzung Frankreichs und würde die angebotene englische Garantie illusorisch machen. — Während ich dabei stand, wandte sich der Kaiser, ohne mich zu fragen, an den Flügeladjutanten vom Dienst und befahl ihm, sofort telegraphisch der 16. Division nach Trier den Befehl zu übermitteln, sie solle nicht in Luxemburg einmarschieren.“

Es stellte sich nun heraus, daß Fürst Rischewsky den englischen Staatssekretär Grey falsch verstanden haben mußte. War zuerst Wilhelm II. ganze Stellung zu den Ereignissen abhängig gewesen von der Depesche Rischewsky, so hat inzwischen eine andere Depesche seine Stellung völlig umgeworfen. Molle erzählt darüber:

„So sah ich in dumpfer Stimmung untätig in meinem Zimmer, bis ich um 11 Uhr abends wieder ins Schloss zu Er Majestät befohlen wurde. Der Kaiser empfing mich in seinem Schlafzimmer, er war schon zu Bett gewesen, aber wieder aufgestanden und hatte einen Rod übergezogen. Er gab mir eine Depesche des Königs von England, in der dieser erklärte, ihm sei von einer Garantie Englands, Frankreich am Rufe zu verhindern, nichts bekannt. Die Depesche des Fürsten Rischewsky mußte auf einem Irrtum beruhen oder er mußte etwas falsch verstanden haben. — Der Kaiser war sehr erregt und sagte mir: „Nun können Sie machen, was Sie wollen.“ — Ich fuhr sofort nach Hause und telegraphierte an die 16. Division, der Einmarsch in Luxemburg solle ausgeführt werden.“

Der Krieg beginnt. Am 20. August 1914 schreibt der Generalstabchef seiner Frau: „Ich bin froh, für mich allein zu sein und nicht am Hofe. Ich werde ganz krank, wenn ich dort das Gerede höre; es ist herzzerreißend, wie ahnungslos der hohe Herr über den Ernst der Lage ist. Schon kommt eine gewisse Voraussicht auf, die mir bis in den Tod verhaßt ist.“ 2. September: „Der Kaiser kam heute von den Truppen zurück, in Anzugsuniform. In Desterreich geht es schlecht. Die Armeen kommt nicht vorwärts. Ich sehe es kommen, daß sie verloren wird.“ 8. September: „Mit den Desterreichern geht es schlecht.“ Der 9. September bringt dann diesen schicksalhaften Brief:

„Es geht schlecht. Die Kämpfe im Osten von Paris werden zu unseren Ungunsten ausfallen. Die eine unserer Armeen muß zurückgehen, die anderen werden folgen müssen. Der so hoffnungsvoll begonnene Anfang des Krieges wird in das Gegenteil umschlagen. — Ich muß das, was geschieht, tragen, und werde mit meinem Lande leben oder fallen. Wir müssen erlösen in dem Kampf gegen Ost und West. — Wie anders war es, als wir vor wenigen Wochen den Feldzug so glanzvoll eröffneten — die bittere Enttäuschung kommt jetzt nach. Und wie werden wir zu zahlen haben für alles, was gescheit ist.“

Der Feldzug ist ja nicht verloren, ebensowenig wie er es bisher für die Franzosen war, aber der französische Plan, der auf dem Punkt stand, zu erlösen, wird mächtig aufkommen, und ich fürchte, unser Volk in seinem Stolz und Stachel wird das Unglück kaum ertragen können. — Wie schwer dies mit wird, kann niemand besser ermessen — als Du, die Du ganz in meiner Seele lebst.“

Am 27. September geht es so weiter: „Wir brauchen einen Erfolg an irgend einer Stelle, und er kommt und kommt nicht.“ 24. Oktober: „Es ist, als ob uns nicht mehr stärken sollte.“ 1. Oktober: „Der Feldzug quält sich hin wie ein flugierender Baum.“ 28. Oktober: „Diese schreckliche Niederlage ist der schwerste Schlag, den wir erleiden konnten.“

Das Volk las inzwischen die offiziellen Kriegsberichte und hängte Kopfen heraus. Molle aber wurde abgesetzt, Falkenhahn kam an seine Stelle, und damit beginnt ein neuer Abschnitt des Krieges — nämlich der Krieg Molles gegen Falkenhahn.

Am 12. Januar 1915 schreibt Molle an einen führenden General: „Man mußte den Kaiser über die gegen Falkenhahn herrschende Stimmung aufklären. Die Ergebnisse der Kriegsführung in den letzten Monaten seien erschreckend. Es werde nur „geourteilt“. In schrecklicher Weise ist unsere militärische Kraft vermindert.“ Fragen Sie einmal die öffentlichen und urteilsfähigen Leute im Generalstab. ... Sie werden einsehen sein, wenn diese Ihnen offen ihre Ansicht sagen. Das Vertrauen ist zum Zerfall.“

Inzwischen ist auch schon Hindenburg (der sich um Molles Wiederkehr ins Amt bemüht) als Sturmboss gegen Falkenhahn eingestuft. Am 14. Januar schreibt Molle an ihn:

„Ich weiß, wie schwer Ihrem kaisertreuen Herzen es geworden ist, den Gedanken, den Sie über General v. Falkenhahn haben und Ihr Urteil über ihn in die Tat Ihres Schreibens an Er. Majestät den Kaiser umzusetzen. — Gott gebe, daß Ihre Besorgnis Erfolg habe. Dieser Mann führt uns alle, Tiron und Vaterland ins Verderben.“

Es folgt nun der Sturmangriff vom 17. Januar 1915. Brief Molles an Seine Majestät: „Als ältester, treuester Diener E. Majestät muß ich uhm. Und nun geht es los. Falkenhahn sei ganz ungeeignet; er treibe eine Strategie der verpöhten Gelegenheiten, darauf sei der schwere Mißerfolg an der Pflanzgürtelzuführen. Falkenhahn habe so wenig Vertrauen in der Armee, daß unter seiner Leitung keine weiteren Operationen unternommen werden dürften.“

Am 20. Januar schüttet er dann Lubendorf sein Herz aus. Er selbst sei „ausgeschaltet, mit Füßen getreten, verleumdet“. Kein Mensch, weder der Kaiser noch sonst jemand, frage noch nach ihm. Und nun wärdler Zustand. „In freudvoller Weise sind die Hilfsquellen des Landes verendet. ... Das ist keine Kriegsführung mehr, das ist ein vollstündiges Fiasko.“ — Das Volk las inzwischen immer noch die offiziellen Kriegsberichte und hängte schwarzweiße Fahnen aus.

Lubendorf und Hindenburg vollendeten dann, was andere deutsche Militärs vor ihnen so erfolgreich begonnen hatten: die katastrophale Niederlage Deutschlands. Hindenburg läßt sich von reaktionären patriotischen Hochverrätern im Reich herumtrottelieren und für reichsgefährliche Bestrebungen mißbrauchen, Lubendorf konspiriert gegen die Republik, von der er sich jährlich über 2 Millionen Mark Pension bezahlen läßt. Seine Kriegserinnerungen hat er für schwarzes Gold an das Ausland verkauft, ebenso der „Allerschöste Kriegsherr“, der gegenwärtig in neuen Liebeskreisen im Hause Doorn sich ergötzt. Als echter Hohenzoller fordert er vom deutschen Volk, vom preussischen Volk weitere Milliarden und findet tatsächlich auch Volksgenossen, die ihm dabei noch behilflich sind.

Und ein großer Teil des deutschen Bürgertums? In seiner namenlosen Angst, daß es endlich aus Pflichten erlösen muß, ohne gleichzeitig eine unerfüllbare privilegierte Stellung im Staat und in der Gemeinde zu haben, fördert es teils direkt, teils durch jammervolles politisches Verhalten die Bestrebungen derjenigen, die Deutschland abermals in den Strudel monarchistisch-militärischer Abenteuer hineinzuziehen wollen. Natürlich! Nachdem sich ein Teil dieses Bürgertums so erfolgreich auf Kosten des Reiches und des ausgebeuteten deutschen Volkes als „Kaffe“ betätigt hat, scheint es sich wieder nach monarchistischen Deforinationen und nach dem brutalen Mord, der die Arbeiterklasse niederstürzen soll. Und darüber kann es in Deutschland zu den folgenreichsten inneren Kämpfen kommen. Voraus sich die Arbeiter in strengster Solidarität einrichten sollten, rechtzeitig und planmäßig.“

Nichtlinien gegen Preiserei u. Wucher

Aufgrund der Vererbung gegen Preiserei haben Reichswirtschaftsminister und Reichsjustizminister im letzten gemeinsamen Ministerrat herausgegeben, durch deren gleichmäßige Anwendung durch die Behörden sämtlicher Länder die Notstandsrisikofaktoren auf dem Gebiete der Preisstellung beseitigt werden soll. Der Verkäufer darf danach jeden Preis fordern, der den höchsten oder niedrigsten nicht übersteigt, jedoch sind diese Preise nur maßgebend innerhalb ihres sachlichen, persönlichen, zeitlichen und örtlichen Geltungsbereichs. Gestaltungsformen werden nicht festgestellt, soweit eine ordnungsmäßige Marktlage vorhanden ist; diese gilt als gegeben, wenn zahlreiche Angebote in annähernd gleicher Reichweite als Folge einer preisabnehmenden Konkurrenz vorliegen und wenn keine absolute Überlegenheit des Verkäufers über den Käufer festzustellen ist. Ähnliche Vorfälle oder Marktpreise sollen als Ausmaß einer ordnungsmäßigen Marktlage bewertet werden. Das gleiche gilt von Verbandspreisen, soweit sie auf den tatsächlichen durchschnittlichen Verhältnissen beruhen. Verbandspreise dürfen sich jedoch nicht unangemessen überhöhen. Verbandspreise, um diese durchzusetzen, wie das bei Monopollagen häufig der Fall ist.

Der unbeschränkte Wiederbeschaffungspreis als Maßstab für angemessenen Gewinn wird abgelehnt. Bei der Beurteilung von Unternehmern und Unternehmergewinnen wird ausdrücklich betont, daß auch der Erzeuger und Händler an den Kosten der Veranschaffung teilzunehmen hat und daß die Wertentwertung beim Unternehmer nur in gleichem Maßstabe berücksichtigt werden kann, wie das beim Einkommen anderer Volksteile der Fall ist. Als Maßstab für die innere Wertentwertung

und die darauf beruhende amtliche Preisberechnung wird die monatlich vom Statistischen Reichsamt veröffentlichte Indexziffer der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten angenommen. Dieser Maßstab, den die Reichsregierung im Interesse der allgemeinen Wirtschaftlichkeit in Vorschlag bringt, soll einheitlich im ganzen Reich zur Anwendung gelangen, während bekanntlich bisher Großhandelsindexziffern, Grobhandelspreise der Reichsämter oder Teuerungsziffer der Löhne und Gehälter als Maßstäbe der Selbstentwertung dienten.

Schließlich empfehlen diese Reichsrichtlinien, um den Gegensatz zwischen den Besitzern von Waren und Produktionsmitteln und der nur über Papiermark verfügbaren übrigen Bevölkerung entgegenzuwirken, die Einzahlung von Verkaufern zu den verschiedenen Notierungskommissionen, zu Kontrollen der Märkte und der Verteilungen. Um die Grundfläche, die das Reich aufgestellt hat, zur Geltung zu bringen, wird ein möglichst enges Einvernehmen der Preisprüfungsstellen mit den Behörden, vor allem der Wucherpolizei, empfohlen; nur dadurch könne eine Förderung der Wirtschaftlichkeit und die Beruhigung der Bevölkerung erwartet werden.

Diese schon und fein ausgefüllten Richtlinien sind für die Frage, solange sich die Behörden und die Justiz nicht zu einem rücksichtslosen Vorgehen aufraffen. Besonders die Justiz hat bisher im Kampfe gegen das Wucherum ebenfalls verlagert. Aber auch das Publikum muß, wenn überhaupt ein Erfolg erzielt werden soll, stets bei wucherischem Gebahren sofort Anzeige erstatten, statt nur zu schimpfen und trotzdem zu jedem Wucherpreis zu kaufen. Aber weder die Behörden, noch die Justiz, noch das Publikum werden energisch zugehen. Und die Wucherer werden weiter triumphieren.

Deutschnationalistische Verschwörer

Am 18. Dezember wurde in einem Fabrikator des Hamburger Stadtteils Ottenen eine Versammlung von dreizehn und vierzig Teilnehmern abgehalten. Die Teilnehmer — fast durchweg ehemalige Offiziere, dem Beruf nach Kaufleute, Bankbeamte, Studenten, Lehrer und ein Oberpostsekretär — gehören einer Verbindung an, deren Namen, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollten. Da umfangreiches Material, wie Schriftstücke über Geheimhaltung der Organisation und deren Ausübung (ein Klopfführer, zwölf Feldtelephon, Kameelkabel usw.) gefunden wurde, mußten sämtliche angetroffenen Personen vorläufig festgenommen und dem Polizeigenossenschaft zugewiesen werden. Sie wurden nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen teils dem Gericht zugewiesen, teils wieder auf freien Fuß gesetzt. Bei den in Hamburg wohnenden Mitgliedsmitgliedern wurden insgesamt sechzehn Gewehre, zwei Handgranaten und weitere Beweismittel vorgefunden. Wegen Verleumdung bzw. Weiterverbreitung von lügenhaften Behauptungen werden sich die Teilnehmer außerdem noch zu verantworten haben.

Schwärzliches Verhalten eines rheinischen Zentrumsgewerbetreibenden

In Enckhausen bei Köln, wo es kürzlich zu Teuerungsdemonstrationen gekommen ist, deren verächtliche Wiederholung befürchtet wird, hat der Zentrumsgewerbetreibende Herr an den Bürgermeister einen Brief geschrieben, in dem er ihn bittet, bei der französischen Besatzungsbefehl zu beantragen, daß der Enckhäuser Kleinhandels die Erlaubnis zum Waffenbesitz erteilt werde. Sollte der Antrag nicht genehmigt werden, so will Herr sich verhalten bei der Rheinlandkommission für die Genehmigung eines bewaffneten Selbstschutzes des Kleinhandels im besetzten Gebiet einleiten. Die Verantwortung für diesen Schritt sucht er einem sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertreter zuzuschreiben, der nach Zeitungsbekanntwerden für den Fall, daß die Gewerkschaft nicht einverstanden sei, von der Möglichkeit neuer Unruhen gesprochen haben soll. Die „Reinlandkommission“ (Rhein. Ztg.), die über den Fall berichtet, wendet sich mit folgenden Sätzen gegen das Verhalten des Herrn:

„Der Herr vertritt den Enckhäuser, die Verantwortung für sein schwärzliches Verhalten werden zugewiesen. Er ist es, der sich unter Verletzung aller menschlichen und Reichsbehörden, auch des Staatsvertrages für die besetzten Gebiete, an die Rheinlandkommission wenden will. Er ist es, der diesen Schritt unternehmen will in einer Zeit höchster Gefahr für die Zugehörigkeit der Rheinlande zum Deutschen Reich.“ Das Verhalten des Herrn ist unehrenhaft und politisch unklar im höchsten Grade. Es dürfte wohl auch in der rheinischen Zentrumspartei noch Herzen geben, die ihn das klar zu machen wissen.“

Romeo und Julia auf dem Dorfe

Geschichte von Gottfried Keller (Fortsetzung)

So ging es gewaltig rüdwärts mit den beiden Bauern, und che zehn Jahre darüber, hielten sie beide vom Grund aus in Schulden und standen wie die Störche auf einem Reine auf der Schwelle ihrer Besitztümer, von der jeder Lusthauß sie herunterwehte. Aber wie es ihnen auch erging, der Haß zwischen ihnen wurde täglich größer, da jeder den andern als den Urheber seines Unheils betrachtete, als seinen Erbfeind und ganz unverwundlichen Widersacher, den der Teufel absichtlich in die Welt gesetzt habe, um ihn zu verderben. Sie spien aus, wenn sie sich nur von weitem sahen; sein Blick ihres Hauses durfte mit Frau, Kind oder Gelinde des andern ein Wort sprechen, bei Vermeldung der größten Mißhandlung. Ihre Weiber verhielten sich verabschieden bei dieser Verarmung und Verschlechterung des ganzen Wesens. Die Frau des Marti, welche von quater Art war, hielt den Verfall nicht aus, härmte sich ab und starb, che ihre Tochter vierzehn Jahre alt war. Die Frau des Manz hingegen begreife sich der veränderten Lebensweise an, und um sich als eine schlechte Genossin zu entfallen, hatte sie nichts zu tun, als einigen weiblichen Rednern, die ihr von jeder Angelegenheit, den Büßel schreien zu lassen und dieselben zu Kästern auszubilden. Ihre Maßlosigkeit wurde zu wilder Begehrlichkeit, ihre Jüngerfertigkeit zu einem grundfalschen und verlogenen Schmichelei und Verleumdungswesen, mit welchem sie jeden Argwohn über die Gerechtigkeit von dem sie sagte, was sie dachte, alles hintereinander hegte, und ihrem eigenen Wanne ein X für ein U demnach; ihre ursprüngliche Offenheit, mit der sie sich der ungeschuldigeren Klauerei erzeute, ward nun zur abgehärteten Schamlosigkeit, mit der sie jenes falsche Wesen betrieb, und so, statt unter ihrem Manne zu leiden, drehte sie ihm eine Nase; wenn er es argwichtig, so machte sie es dunt, ließ sich nichts abgeben und gedieh zu der besten Blüte einer Vorzeherin des zerfallenden Hauses.

So war es nun schlimm bestellt um die armen Kinder, welche weder eine gute Hoffnung für ihre Zukunft fassen konnten, noch sich auch nur einer lieblich frohen Jugend erfreuten, da überall nichts als Jank und Sorge war. Vrenchen hatte sich einnehmend einen schlimmeren Stand als Sali, da seine Mutter tot und es einjam in einem wüsten Hause der Trümmen eines verwilderten Baters anheimgegeben war. Als es sechzehn Jahre

alt war, war es schon ein schlankgewachsenes, zierliches Mädchen; seine dunkelbraunen Haare ringelten sich unordentlich fast bis über die schimmernden braunen Augen, dunkelrotes Blut durchschimmerte die Wangen des bräunlichen Gesichts und glänzte als tiefer Purpur auf den feinen Lippen, wie man es selten sah und was dem dunklen Kinde ein eigentümliches Ansehen und Kennzeichen gab. Feurige Lebenslust und Fröhlichkeit zitterte in jeder Faser dieses Wesens; es lachte und war ausgelassen zu Scherz und Spiel, wenn das Wetter nur im mindesten lieblich war. S. h. wenn es nicht zu sehr gequält wurde und nicht zu viel Sorge auslief. Diese Plagen es aber häufig genug; denn nicht nur hatte es den Kummer und das wachsende Gend des Hauses mit zu tragen, sondern es mußte noch sich selber in acht nehmen und mochte sich gern halbwegs ordentlich und reinlich kleiden, ohne daß der Vater ihm die geringsten Mittel dazu geben wollte. So hatte Vrenchen die große Not, ihre ammutige Person einigermaßen anzuschleifen, sich ein allerbestehendes Sonntagskleid zu erobern und einige bunte, fast wertlose Goldstücke zusammenzubehalten. Darum war das schöne wohlgenutete junge Blut in jeder Weise geemüht und gekemmt und konnte am wenigsten der Hofart anheimfallen. Ueberdies hatte es bei schon erwachendem Verstande das Leben und den Tod seiner Mutter gesehen und dies Andenken war ein weiterer Anreiz, der seinem lustigen und fröhlichen jungen Verstande, der sich zu wehren wußte und besten äußeren Haltung wenigstens eine schickliche Behandlung von selbst unzulässig machte. Er sah wohl die able Würdigkeit seiner Eltern und glaubte sich erinneren zu können, daß es einmildig zu gewesen; ja er bemühte sich das höhere Bild seines Vaters wohl in seinem Gedächtnisse als eines festen, klugen und ruhigen Bauers, bescheidenen Mannes, den er jetzt als einen grauen Barrer, Händelführer und Mühsiggänger vor sich sah, der mit Toben und Praxeln auf hundert Tordien und verängstlichen Wegen wandelte und mit jeder Stunde rückwärts rüberete, wie ein Krebs. Wenn ihm nun dies mißfiel und ihn oft mit Scham und Kummer erfüllte, während es seiner Unerfahrenheit nicht klar war, wie die Dinge so gekommen, so wurden seine Sorgen wieder betäubt durch die Schmeichelei, mit der ihm die Mutter behandelte. Denn um in ihrem Unwesen ungehörter zu sein und einen guten Partiegänger zu haben,

auch um ihrer Grobheit zu genügen, ließ sie ihm zulommen, was er wünschte, kleidete ihn sauber und prächtig und unterstülzte ihn in allem, was er zu seinem Vergnügen vornahm. Er ließ sich diese gefallen ohne viel Dankbarkeit, da ihm die Mutter viel zu viel dazu schwätze und log; und indem er so wenig Freude daran empfand, tat er lässig und gedankenlos, was ihm gefiel, ohne daß dies jedoch etwas über das war, weil er sich nicht unbeschädigt vor dem Spiel der Alten und das jugendliche Bedürfnis fühlte, im ganzen einfach, ruhig und lieblich tätig zu sein. Er war ziemlich genau so, wie sein Vater in diesem Alter gewesen war, und dieses sollte demselben eine unwillkürliche Achtung vor dem Sohne ein, in welchem er mit bewunderndem Genuß und gepfeilter Erinnerung seine eigene Jugend achte. Doch trotz dieser Freiheit, welche Sali genoss, ward er seines Lebens doch nicht froh und hüfte noch, wie er nicht Mecht vor sich hatte und ebensowenig etwas Mecht lernte, da von einem zusammenhängenden und demnachgemäßen Wissen in Manchem Hause längst nicht mehr die Rede war. Sein bester Trost war daher, sich auf seine Unabhängigkeit und einseitige Unbescholtenheit zu sein, und in diesem Sinne ließ er die Tage ruhig verstreichen und wandte die Augen von der Zukunft ab.

Der einzige Zwang, dem er unterworfen war, die Feindschaft seines Vaters gegen alles, was Marti liebte und an diesen erinnerte. Doch wußte er nicht anders, als daß Marti seinem Vater Schaden zugefügt und daß man in dessen Hause ebenso feindselig gefühlt sei, und es fiel ihm daher nicht schwer, weder den Marti noch seine Tochter anzusehen und seinerseits auch einen angenehmen, doch ziemlich kalten Feind vorzustellen. Vrenchen hingegen, welches mehr erdulden mußte, als Sali, und in seinem Hause viel verlässener war, hüfte sich weniger an einer förmlichen Feindschaft aufzuliegen und glaubte sich nur verachtet von dem wohlgeleiteten und scheinbar glücklichen Sali; deshalb verbergte sie sich vor ihm, und wenn er irgendwo nur in der Nähe war, so entfernte sie sich eilig, ohne daß er sich die Mühe gab, ihr nachzugehen. So kam es, daß er das Mädchen schon seit ein paar Jahren nicht mehr in der Nähe gesehen und gar nicht wußte, wie es ausah, seit es herangewachsen. Und doch wunderte es ihn, wenn es manchmal, und wenn überhaupt, von den Marti gesprochen wurde, so dachte er unwillkürlich nur an die Tochter, deren lebiges Aussehen ihm nicht deutlich und deren Ansehen ihm gar nicht verfaßt war.

(Fortsetzung folgt)

Indische Politik Vom Wandergewerbe in Baden

Die neuerdings da und dort aufgestellte Behauptung einer starken Zunahme des Wanderhandels in Baden seit Kriegsende findet in der Statistik der gemäß der Reichsgewerbeordnung ausgesetzten oder ausgedehnten Wandergewerbebetriebe keine Bestätigung. Die Gesamtzahl der im Vorjahresjahr 1913 von den badischen Bezirksämtern für inländische Kaufleute (ohne Schaupielunternehmer, Wustlauführungen u. dgl.) erteilten Wandergewerbebescheinigungen betrug 7033; im Jahre 1921 war die Zahl fast gleich groß (7079). Gewerbelegitimationskarten wurden im Vorjahresjahr 1913 noch 9322, im Jahre 1921 dagegen nur 5425 ausgestellt.

Auffallend ist die Zunahme der Zahl der seit Kriegsende erteilten Genehmigungen für Wustlauführungen, Schaustellungen, Feuertänze, Korbweberarbeiten oder sonstige Korbweberarbeiten, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder der Wissenschaft nicht abzulesen ist. Die Zahl der hierfür im Vorjahre ausgesetzten Wandergewerbebetriebe betrug im Jahre 1913 nur 273, im Jahre 1921 dagegen 730. In dieser Zahl dürfte auch die zunehmende Verknüpfung der an den künstlerischen Wert der Darbietungen keine allzu hohe Anforderungen stellt, deutlich zum Ausdruck kommen.

Einen starken Rückgang weist die Zahl der Ausländer auf, die in den letzten Jahren Wandergewerbebetriebe erhalten haben. Im Vorjahresjahr 1913 erhielten noch 281 Ausländer die Genehmigung zum Kaufhandel (ausschließlich Schaustellungen, Wustlauführungen u. dgl.), im Berichtsjahre dagegen nur noch 170. In gleicher Weise ging die Zahl der Ausländer, die Genehmigung für Wustlauführungen, Schaustellungen u. dgl. erhielten, von 478 im Jahre 1913 auf 99 im Jahre 1921 zurück.

Der Schulbesuch von Krüppelkindern. Da in letzter Zeit sich die Fälle mehren, in welchen krüppelhaft Kinder von 15-16 Jahren in das badische Landeskrüppelheim in Heidelberg gebracht werden, um in dessen Werkstätten ein Handwerk zu erlernen, erscheint es notwendig, die Eltern von krüppelhaften Kindern zu veranlassen, solche Kinder so frühzeitig wie möglich, spätestens bei Eintritt in das schulpflichtige Alter, in das Landeskrüppelheim verbringen zu lassen. Geschlecht dies später, ist meistens die Wohnrechnung zu machen, daß diese Kinder keine genügende Schulbildung genießen haben. Da sie oft nicht oder sehr schlecht laufen können, wird der Schulbesuch vernachlässigt und die Ausbildung des Kindes leidet in hohem Maße. Ein Handwerk kann aber nur mit Erfolg gelernt und betrieben werden, wenn eine genügend tiefgehende Schulbildung vorhanden ist. — Im Landeskrüppelheim jedoch geht die geistige und körperliche Ausbildung Hand in Hand mit einer guten Schulbildung. In der Werkstatt kommen Krüppelkinder aber erst in die Werkstatt, wenn sie ein Handwerk lernen wollen, ist bereits viel Zeit verloren und die Erfordernisse der Schule können schwer nachgeholt werden; dagegen kann während der Schulzeit die körperliche Erleichterung und die Bekämpfung oder Milderung vorhandener körperlicher Schäden ohne Nebenverlust nebenher bewirkt werden. Entsprechende Auskunft erteilt gern die Badische Krüppel- und Erziehungsanstalt in Heidelberg, Hofbaderstraße 140.

Ersparnisse bei Beamten-Ersetzungen. Die staatlichen Stellen haben eine Verfügung erlassen, daß Ersetzungen der Beamten von einem Ort an einen anderen unter Begünstigung der Umzugskosten künftig nur noch beim Vorliegen dringender dienstlicher Interessen und auch dann nur unter der Voraussetzung erfolgen werden, daß die Unterbringung an dem neuen Dienstort nach vorzuliefernder Bescheinigung des Wohnungsamtes keine Schwierigkeiten bereitet. Bei den Umzügen der Beamten ist jedem Beamten die größte Sparlichkeit zur Pflicht gemacht worden. Im Hinblick auf die erhebliche Steigerung der Umzugskosten wird von den Beamten verlangt, daß sie bei ihren Umzügen selbst Hand mit anlegen und die Veranlagung von Glas usw. mit ihren Angehörigen selbst ausführen. In diesen Fällen kann eine besondere Vergütung gewährt werden, die zurzeit 500 M bis 1000 M, je nach Beamtenstufe, beträgt. Kosten für das Aufhängen der Bilder und für sonstige kleinere Verrichtungen werden künftig nicht mehr ersetzt werden. Bei Ersetzungen auf kürzere Entfernungen sollte unter Uebertragung des Umzuges an einheimische Geschäftsleute auf

den Bezug auswärtiger Möbelbeförderer und auf Möbelwagenbenutzung verzichtet werden. Die von Beamten ohne eigenen Hausstand in den Umzugskostenberechnungen häufig aufgerechneten Kosten für Baden des Koffers usw. werden künftig nicht mehr ersetzt. Den zur Ruhe gesetzten Beamten, sowie den Pensionierten besterbedingter Beamter, die eine Pensionierung oder eine Pensionierung in einem staatlichen Gebäude innerhalb einer Frist von längstens einem Jahr seit dem Tode der Jurisprudenz oder seit dem Tode des Beamten für den Dienstnachfolger freimachen, werden die Umzugskosten vergütet.

Volkswirtschaft

Ein Protest der Holzindustrie gegen den Holzruher

Aus Kreisen des Vorstandes des Wirtschaftsverbandes der deutschen Holzindustrie wird über die Holzpreise Deutschlands und die Notlage der holzverarbeitenden Industrie mitgeteilt:

Der Holzbedarf Deutschlands konnte bereits vor dem Kriege nicht aus dem eigenen Waldbedarf gedeckt werden, vielmehr wurden 3,2 im Jahre 1913 15,8 Millionen Festmeter Holz eingeführt, gegenüber einer Holzexportausfuhr von 0,9 Millionen Festmetern.

Der deutsche Waldbesitz ist durch die Abtretung waldbreicher Gebiete wesentlich verringert worden, während andererseits für Reparationszwecke Holzungen von mehreren Millionen Festmetern jährlich von uns gefordert werden.

Deutschland muß also nicht nur für die Aufrechterhaltung der eigenen Industrie Holz einführen, sondern muß außerdem noch Holz für Reparationszwecke auf dem Weltmarkt kaufen.

Die ungeheure Belastung und der gewaltige Schaden der unserer deutschen Wirtschaft durch diese Verhältnisse entfließt, wird deutlich, wenn man erwägt, daß gegenüber der Dollarkreisung von zurzeit dem 1900fachen die Steigerung der Holzpreise durchschnittlich auf das 6 bis 10 000fache der Vorkriegszeit gekommen ist, in einzelnen Fällen sogar darüber hinaus.

Durch diese Verteuerung der Holzpreise werden naturgemäß Preise für die Fertigfabrikate bedingt, die jetzt schon die Weltmarktpreise wesentlich überstiegen haben.

Die holzverarbeitende Industrie hat kein Mittel unterzucht gefunden, um dieser katastrophalen Entwicklung entgegenzuwirken, bisher lieber ohne jeden Erfolg.

Von Seiten der Regierung geschieht nichts und die Schwierigkeiten in der Holzverarbeitung werden von Tag zu Tag größer. Obwohl der Holzruher die Notlage und der Holzruher der holzverarbeitenden Industrie bekannt sind, hält sie mit den Holzpreisen zurück, wodurch die Preissteigerungen geradezu gefährlich werden.

Es könnte darauf hingewiesen werden, daß die holzverarbeitende Industrie selbst die Holzpreise durch das Lieberbleiben in den Holzpreisen hervorruft. Darauf ist zu erwidern, daß es sich für die Industrie und das Gewerbe einfach darum handelt, entweder von dem zum Angebot kommenden Holz gewisse Mengen zu den überhöhten Preisen zu kaufen, oder aber die Betriebe einzuschränken, bezw. vorübergehend stillzuliegen, wie es vielfach schon geschehen ist.

Diese unerhörten Mißstände müssen eines Tages zum Zusammenbruch führen.

Was aber zur Abhilfe geschehen soll, wird in dieser Protestfundegeung nicht gesagt. An die öffentliche Meinung wird heran gezogen.

Gemeindepolitik

Muggenlath, 24. Dez. Bei der Bürgermeistereiwahl, die heute stattfand, wurde unser Parteigenosse Josef Schäfer wieder einstimmig zum Bürgermeister gewählt. Es ist sehr erfreulich, daß sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Kommunisten (1) wieder auf den bisherigen Bürgermeister geeinigt hatten. Die Kommunisten langten eine Excommunication und gaben weiße Bittel ab. Es wäre von ihnen doch wenigstens ein Mal eine vernünftige Handlung gewesen, wenn sie einem Mann ihre Stimmen gegeben hätten, den die Arbeiterklasse vor neun Jahren aus der Arbeit vertrieben und an die Spitze der Gemeindeverwaltung gestellt hatte. Aber von diesen Leuten etwas vernünftiges zu verlangen, das ist zu viel verlangt.

Da noch nicht feststand, wer von uns die Tat ausführen sollte, liehen wir uns — in das Verla zurückgekehrt — den Anobelsbegehren. Wir spielten auf „hohe Hansnummer“. Da ich 661 war, die andere jedoch weniger, so erkannte ich hierin einen Fingerzeig des allmächtigen Gottes, den ich zum Zeichen meiner Unschuld anrufe, daß ich die Tat ausführen sollte. Ich verabschiedete die Tat jedoch nach wie vor und beschloß, ganz gleichgültig, wie ich mich verhalten würde, nicht das geringste damit zu tun zu haben.

Im noch weitere Einzelheiten zu erkunden, haben wir uns ein Nachspiel. Hier ging uns jeder des Geld aus, weshalb wir folgendes Telegramm nach München schickten: „Gesucht vor Abschluß, da Gegenseite Kautelen verlangt, weitere Sendung nötig.“ Dieses Telegramm richteten wir an einen hohen ehemaligen Beamten. Den Namen zu nennen weigerte ich mich, da ich die Republik nicht schädigen will.

Am nächsten Tag erhielten wir wiederum 50 000 M., in den Wochen darauf noch weitere Sendungen. Wieviel es im ganzen war, weiß ich nicht, da ich aus Summen über den Zusammenbruch Deutschlands mehrfach sinnlos herumkam.

Im Juni hatte Willi aus Botoludie das Maschinengewehr besorgt. Ich war jetzt fest entschlossen, die Tat auszuführen, zu-

mal das Geld schon wieder alle war. Da erhielt ich folgendes Telegramm aus München: „Halls Geschäft bis Donnerstag geläufig, größere Abschlußsumme disponibel.“ Nunmehr war mir völlig klar, daß der Minister ein Schädling am Volk ist. Er ist jüdisch verpöndelt, von Regnern und Mongolen gezeugt, außerdem hat er während der Revolution den Schack aus dem Julisturm gestohlen. Ich schickte das daraus, daß ich bei einem Einbruch nationale Sache nichts mehr vorfand. Ich bin national gesinnt bis in die Knochen. Darunter verstehe ich, daß die jüdischen Warenhäuser geplündert werden müssen.

Wir hatten inzwischen ermittelt, daß der Minister 2 jeden Morgen in Begleitung eines Wachtmeisters im Park spazieren zu gehen pflegte. Da uns dies gefährlich schien, beschloßen wir, zunächst den Hund zu vergiften. Nachdem dies geschehen, verteilten wir die Rollen und vertrieben uns hinter Büsche.

Da Willi, Willi und Schnulli insofern nach Ungarn ausgerissen sind, so ist für mich erwiesen, daß nur die Schiffe auf den Minister abgebehen haben können. Ich selber war jedenfalls gänzlich unbeteiligt und ging nur mit, weil die andere mir gedroht hatten, mich zu ermorden, wenn ich etwa freisen sollte. Ich habe auch nicht auf den Minister, sondern auf ein Eichhörnchen geschossen. Außerdem gab ich Obacht, daß meine Schiffe nur den Hut des Ministers durchschneiden.

Nach alledem erkläre ich es für eine schande Bergewaltigung des Reichs, das mich die Strafammer in Hinterbücher gleichwohl wegen unbefugten Waffenscheites zu zwei Wochen Festungshaft verurteilt hat. Wenn auch die Strafe durch die Interfuganzhaft verbißt ist, so beweist dieses Scherensurteil doch die mittelalterliche Verfolgungsjucht republikanischer Gerichte gegen wahrhaft national gesinnte Männer.

PS. Sollte jemand finden, daß diese wahrheitsgemäßen Angaben Dunkelheiten oder Widersprüche enthalten, so bin ich jederzeit erbötig, ihm durch persönlichen Besuch das Gegenteil zu beweisen. Wache darauf aufmerksam, daß ich Revolver und Zoltschläger stets bei mir führe und Kunstschütze bin.

Gewerkschaftliches

Die Wahrheitliebe der Moskau-Jünger

Es wird uns geschrieben: „Lüge nur kühn drauf los!“ — Dieses Motto müßte am Kopfe der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ stehen. Christliche Arbeiter wenden sich mit Versehen von einem Blatt, das mit seiner Moskau-Journalistik sich zum Prinzip gemacht hat, die Organisationen der Arbeiterklasse zu beschimpfen. Für diese Unternehmungen erhält das Blatt aus der Sowjet-Geheime keine Silberlinge, da es sonst mit seinen paar Lesern an Abonnenten-Schwundsticht sterben müßte. Revolverjournalistik! Nennen man auch die Art und Weise, wie der in Ludwigshafen vom Janu gebrochene wilde Streik verteidigt wurde um für die kommunistische Partei Propaganda zu machen. Nun ist da im W. in G. so ein Herrchen, der sich im Traume schon in der zukünftigen Arbeiterregierung auf dem Ministerstuhl wähnt, um sein Licht Leucht zu lassen. Seine Kollegen im Betrieb bedauern ihn allerdings um seinen Geistes-

Femstern

Folgende schreckliche Tragödie eines idealen Jünglings erzählt Bill in der „Globe“.

Am 23. Mai 1922 erhielt ich ein Schreiben, das mit dem Femstern unterzeichnet war. Was ein Femstern ist, weiß ich nicht. Ich kann es mir auch gar nicht denken. Deshalb dachte ich gleich, daß dieses ein Femstern sei. Das Schreiben kam aus München. Eine Stadt dieses Namens ist mir unbekannt. Ich halte sie für eine Erfindung der jüdischen Presse.

Außer dem Namen des Ministers 2, enthielt der Brief die Summe von 20 000 M. Ich schloß daraus, daß ich den Minister 2 töten sollte. Da ich aus tiefstem Gewissen den Mord verabscheute, schrieb ich sofort zurück, daß die Summe von 20 000 M. viel zu niedrig sei. Nach dem für rechtsverbindlich erklärten Tarif der Organisation O.C., meiner Gewerkschaft, der ich jedoch nicht angehöre, betrage die Tare für Minister mindestens 50 000 M.

Ich schickte diesen Brief nach München. Da das Schreiben an mich keinerlei Adresse enthielt, so schrieb ich den Umschlag: An Herrn Kapitänleutnant Ehrhardt, zurzeit nicht in München, sondern staatsrechtlich verhaftet, im Auslande. Ich verließ mich auf die Finkelnheit der Münchener Polizei. Drei Tage später trafen 50 000 M. für mich ein.

Mit dem Gelde begab ich mich in die Piccadilly-Diele. Ich hatte hierbei keine weitere Absicht, als meinen Gram zu verzeihen, der mich infolge des Vertrages von Rapallo gänzlich zu zerbrechen droht. Zufällig traf ich dort meine Freunde Willi, Willi und Willi sowie den Sekundanten Schnulli. Sie tranken an der Bar Whisky-Cocktail, und Schnulli pönsierte mit der Dame.

Ich stützte ihnen zu „Nationale Sache“, worauf wir uns alle auf die Toilette zurückzogen. Hier verlas ich den Münchener Brief, zeigte aber vorwärtsüber nur die 20 000 M., nicht die 50 000 M.

Willi und Willi erklärten sofort, daß der Mord ein verabscheuenswürdiges Verbrechen sei und wir daher viel mehr Geld gebrauchten. Dies Verlangen war auch gerechtfertigt, weil bei der schlechten Valuta die Konkurrenz, die uns die farbigen Aus-

Qualitätstraucher bevorzugen stets
BATSCHARI CIGARETTEN
 A B C
 VO P. BONNY

